Public Risk, Private Platform:

CEPI 3.0 und die offene Eigentumsfrage

Was CEPI 3.0 konkret vorhat

CEPI 3.0 ist die neue Fünfjahresstrategie der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations, die in diesen Tagen vorgestellt wurde. Im Zentrum steht die sogenannte «100-Tage-Mission»: **Innerhalb von 100 Tagen nach Identifikation eines neuen Virus mit Pandemiepotenzial soll ein Impfstoff entwickelt, getestet, regulatorisch bewertet und in die Produktion überführt werden.**

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen:

- Plattformtechnologien wissenschaftlich vorvalidiert werden
- regulatorische Anforderungen international vorab abgestimmt werden
- Produktionskapazitäten im Umfang von bis zu Milliarden Dosen gesichert werden
- globale Labor- und Herstellernetzwerke dauerhaft einsatzbereit bleiben

CEPI 3.0 ist damit kein einzelnes Förderprogramm, sondern der Versuch, eine permanente Beschleunigungsinfrastruktur für Impf-Antworten, sprich weltweite Impfkampagnen, zu etablieren. Gleichzeitig mobilisieren WHO und Weltbank Milliarden für Überwachung, Labornetze, Plattformtechnologien und Produktionskapazitäten.

Was auf den ersten Blick nach rationaler Vorsorge aussieht, wirft eine grundsätzliche Frage auf:

Wer trägt das Risiko und wer besitzt die Plattform?

***Anmerkung**: Die Bill & Melinda Gates Foundation war einer der Gründungsfinanziers von CEPI und hat in der Vergangenheit wiederholt hohe zweistellige bis dreistellige Millionenbeträge zugesagt, unter anderem gemeinsam mit dem Wellcome Trust je 150 Millionen US-Dollar im Jahr 2022.*

Für die aktuelle CEPI-3.0-Finanzierungsrunde mit einem Aufruf von 2,5 Milliarden US-Dollar gibt es jedoch keine öffentlich bekannte Aufschlüsselung, ob auch ein Anteil aus Mitteln der Gates Foundation stammen soll.

Öffentliches Risiko, private Kontrolle

CEPI finanziert Frühphasenforschung, Plattformtechnologien und regulatorische Vorbereitung. Staaten stellen Mittel bereit, übernehmen politische Rückendeckung und beschleunigen Zulassungsprozesse.

Doch die geistigen Eigentumsrechte verbleiben in der Regel bei privaten Unternehmen.

Das Muster ist bekannt:

- Öffentliche Finanzierung der Risikophase
- Private Kontrolle der Plattform
- Kommerzielle Verwertung im Erfolgsfall

Diese Logik wurde bereits in den von uns übersetzten Analysen von Jayer Si zur finanziellen Architektur der Pandemiepolitik beschrieben, in denen Donor-Advised Funds, Impact-Investing-Strukturen und kapitalgarantierte Gesundheitsfonds als Bausteine einer langfristigen Pandemie-Finanzarchitektur dokumentiert werden.

Dort wird deutlich, dass Impfstoffentwicklung nicht nur als Gesundheitsinstrument, sondern als dauerhafte Finanzierungsvertikale konzipiert wurde.

Die offene Eigentumsfrage

Wenn Staaten Milliarden investieren, stellen sich nüchterne industriepolitische Fragen:

- Warum sichern sich Staaten keine systematische Equity-Beteiligung an Plattformtechnologien?
- Warum existieren keine verpflichtenden Public-Return-on-Investment-Klauseln?
- Warum werden Advance-Purchase-Agreements geschlossen, ohne strukturelle Eigentumsrechte zu definieren?
- Warum werden Haftungsfragen politisch sozialisiert, während IP-Rechte *(geistiges Eigentum)* privat verbleiben?

In anderen strategischen Industrien sind Beteiligungsmodelle üblich.

Bei Halbleitern, Energie oder Bankenrettungen sichern sich Staaten

Einflussrechte. Im Bereich pandemischer Plattformtechnologien scheint diese Logik auszusetzen.

Soft Power statt Souveränität: Wie CEPI globale Standards prägt

CEPI ist formal eine Stiftung und keine zwischenstaatliche Organisation. Sie verfügt über keine Hoheitsrechte, keine Gesetzgebungskompetenz und kein Mandat, Staaten Anweisungen zu erteilen.

Und dennoch prägt sie die globale Pandemiearchitektur. Das geschieht nicht durch Zwang, sondern durch Struktur.

Finanzierung als Steuerungsinstrument

Wer Milliarden bündelt und verteilt, definiert Förderbedingungen. Wer Förderbedingungen definiert, setzt technische Parameter. Wer technische Parameter setzt, prägt den späteren Handlungsrahmen.

Plattformtechnologien werden nach CEPI-Kriterien entwickelt. Regulatorische Anforderungen werden im Voraus abgestimmt. Produktionsnetzwerke werden entlang dieser Architektur aufgebaut.

Standardisierung entsteht dadurch nicht per Dekret, sondern durch Vorstrukturierung.

Netzwerk-Macht statt Hoheitsgewalt

CEPI ist eingebettet in ein Geflecht aus multilateralen Organisationen, Entwicklungsbanken, philanthropischen Stiftungen, Herstellern und Regulierungsbehörden.

Wenn im Krisenfall Finanzierung, Plattform, regulatorische Abstimmung und Produktionskapazität bereits vorbereitet sind, wird genau diese Infrastruktur aktiviert.

Die Antwort ist damit nicht politisch offen, sondern technisch vorgezeichnet.

Die demokratische Leerstelle

CEPI ist keiner nationalen Wählerschaft direkt rechenschaftspflichtig. Dennoch beeinflusst sie durch ihre Finanzierungs- und Standardisierungsfunktion die faktischen Optionen, die Staaten im Krisenfall zur Verfügung stehen.

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob CEPI Staaten «zwingt». Sondern ob durch Vorstrukturierung ein globaler Standard entsteht, bevor eine nationale demokratische Debatte überhaupt einsetzen kann.

CEPI im grösseren Finanzkontext

CEPI wurde 2017 am Rande des World Economic Forum in Davos gegründet. Initiatoren waren unter anderem die Bill & Melinda Gates Foundation *(heute Gates Foundation)*, Regierungen und internationale Partner.

> Parallel zeigen die dokumentierten E-Mail-Ketten und Investmentstrukturen aus den Epstein-Files, dass Pandemie-Vorsorge bereits Jahre vor COVID-19 als finanzielle Kategorie behandelt wurde, inklusive Offshore-Fonds, Donor-Advised-Finanzierungsvehikeln und simulationsbasierter Governance-Planung.

Im Scope-Dokument von 2017 wird «strain pandemic simulation» als technisches Deliverable aufgeführt.

Diese Dokumente belegen **keine konkrete Tat im Zusammenhang mit späteren Ereignissen. Sie belegen jedoch, dass Pandemie-Vorsorge als dauerhafte strategische und finanzielle Infrastruktur gedacht wurde.**

Vor diesem Hintergrund wirkt CEPI 3.0 nicht wie ein isoliertes Programm, sondern wie die institutionelle Verstetigung einer bereits zuvor angelegten Finanzarchitektur.

Advance Purchase Agreements und Haftungsregime

Während COVID-19 wurden Milliarden über Vorausverträge gebunden. Staaten übernahmen Produktionsrisiken und schufen Entschädigungsfonds.

Wenn CEPI nun regulatorische Prozesse vorab harmonisiert, Plattformtechnologien standardisiert und 100-Tage-Zulassungen vorbereitet, verschiebt sich der Schwerpunkt von der Einzelzulassung hin zur Plattform-Zertifizierung.

Das kann Effizienzgewinne bringen.

> Es kann aber auch bedeuten, dass regulatorische Hürden strukturell vorverlagert und spätere politische Einflussmöglichkeiten reduziert werden.

Die Frage lautet daher nicht, ob Vorsorge sinnvoll ist. Die Frage lautet, wie Eigentumsrechte, Haftung und demokratische Kontrolle ausgestaltet sind.

Pandemie als Anlageklasse

In den übersetzten Dokumenten wird Pandemievorsorge explizit als investierbare Kategorie beschrieben, mit Zielrenditen, Kapitalgarantien und Risikoteilung.

Wenn Krise zur Anlageklasse wird, entsteht eine neue politische Ökonomie:

- Frühfinanzierung durch öffentliche Mittel
- Risikopuffer durch philanthropische Garantien
- Renditeoptionen für private Investoren
- Globale Governance-Strukturen zur Standardisierung

CEPI 3.0 bewegt sich in genau diesem Spannungsfeld.

Impfstoff als Systemantwort

Ein System, das ausschliesslich auf beschleunigte Impfstoffantwort optimiert ist, wird im Krisenfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Impfstoffantwort liefern, selbst wenn andere Optionen parallel sinnvoll wären.

CEPI 3.0 institutionalisiert die 100-Tage-Impfstofflogik als permanente Infrastruktur.

Wenn Plattformtechnologien, regulatorische Vorab-Abstimmungen und Milliarden-Dosen-Kapazitäten dauerhaft bereitstehen, verschiebt sich die Pandemie-Antwort

strukturell *(und einzig)* in Richtung schneller Impfbereitschaft.

Die Frage ist aber nicht nur, ob Impfstoffe sinnvoll sein können. Die Frage ist, ob das System Alternativen überhaupt noch strukturell vorsieht. In der Corona-Pandemie waren, was heute alles belegt ist, keine vorgesehen.

> Wenn dein Werkzeug ein Impfstoff ist *(warum auch immer)*, sieht jede Bedrohung wie ein Impfstoffproblem aus.

Beschleunigung als Norm

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt.

CEPIs 100-Tage-Mission bedeutet:

- Noch mehr Beschleunigung
- Noch stärker vorbereitete Plattformen
- Noch mehr Vorab-Regulierungslogik

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob «*wieder alles übersprungen*» wird.

Sondern: Wie viel Unsicherheit wird künftig systematisch in die breite Anwendung verschoben?

Simulation als Systemtest

Anfang Februar 2026 führte die Republik Korea gemeinsam mit CEPI, dem Ministry of Food and Drug Safety, der Korea Disease Control and Prevention Agency sowie dem International Vaccine Institute eine Pandemie-Simulation durch.

Im Mittelpunkt stand ein fiktives, neuartiges Virus mit hoher Letalität. Ziel war es, regulatorische Abläufe, klinische Prüfpfade und Produktionsketten entlang der «100-Tage-Mission» realitätsnah zu testen.

Offiziell wurde betont, man wolle einen «nahtlos funktionierenden regulatorischen Weg» für die schnelle Entwicklung und Zulassung neuer Impfstoffe sicherstellen.

Solche Übungen sind kein Beleg für unlautere Absichten. Sie sind Ausdruck institutioneller Vorbereitung.

Doch sie zeigen, wie Prioritäten gesetzt werden.

Wenn schnelle Impfstoffentwicklung ausdrücklich als «Kernpfeiler nationaler Sicherheit» definiert wird, wenn ein Staat zugleich zentraler Investor und Partner von CEPI ist, und wenn kurz darauf ein globaler Finanzierungsaufruf über 2,5 Milliarden US-Dollar zur Verstetigung dieser Infrastruktur erfolgt, dann handelt es sich nicht um voneinander isolierte Ereignisse.

Simulation, Sicherheitsrhetorik, regulatorische Vorab-Abstimmung und milliardenschwere Finanzierungsprogramme sind Bestandteile derselben Architektur.

Die Richtung wird nicht erst im Krisenmoment bestimmt. Sie wird im Vorfeld definiert. Durch Investitionen, institutionelle Vernetzung und politische Rahmung.

Wenn Gesundheitspolitik zur Sicherheitsinfrastruktur erklärt wird, verändert sich die Logik der Entscheidungsfindung. Sicherheitspolitik operiert mit Beschleunigung, Priorisierung und Ausnahmeinstrumenten.

Genau hier wird sichtbar, was Vorstrukturierung bedeutet.

Simulation als Normsetzung

Pandemiesimulationen sind keine neutralen Planspiele. Sie legen fest, welches Instrumentarium als systemrelevant gilt.

Was geübt wird, wird zur Standardantwort. In den bekannten Szenarien stehen regelmässig beschleunigte Impfstoffentwicklung, regulatorische Kompression und Produktionsketten im Zentrum. **Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer strategischen Schwerpunktsetzung.**

> Andere Elemente öffentlicher Gesundheit, Stärkung der Basisversorgung, therapeutische Vielfalt, differenzierte Risikoansätze oder gesellschaftliche Resilienz, erscheinen in diesen Übungen nie als primäre Sicherheitslösung.

Simulationen trainieren nicht nur Abläufe. Sie definieren, was als Lösung gilt.

Wenn in Übung nach Übung die schnelle pharmazeutische Antwort (*Impfung*) im Mittelpunkt steht, **entsteht eine implizite Erwartungshaltung**: Sicherheit bedeutet Impfung.

So wird aus Vorbereitung schrittweise Normsetzung.

Die strukturelle Verschiebung

Die wirklich scharfe, aber haltbare Kritik lautet deshalb:

- Pandemie-Vorbereitung wird permanent institutionalisiert
- Geschwindigkeit wird zur obersten Norm
- Regulatorische Prozesse werden vorab konditioniert
- Industrie-Plattformen werden strukturell eingebettet
- Finanzierungslogik basiert auf Worst-Case-Modellierung

Die Kernfrage

Die eigentliche Debatte lautet daher nicht: Brauchen wir Vorsorge? Sondern: Warum wird die Pandemie-Architektur als öffentlich finanziertes Innovationssystem gebaut, ohne dass Staaten systematisch Eigentumsrechte oder Beteiligungsmodelle sichern?

Wer zahlt, wer besitzt? Solange diese Frage unbeantwortet bleibt, bleibt auch die Governance-Architektur unausbalanciert. Und genau dort beginnt die politische Verantwortung.

Was heisst das konkret?

Es geht nicht darum, «mitzuregieren» in globalen Impfprogrammen.

> Es geht um eine grundsätzliche Entscheidung: Soll die Schweiz dauerhaft Programme finanzieren, deren strukturelle Logik nahezu ausschliesslich auf schnelle Impfstoffbereitstellung ausgerichtet ist?

Ein System, das regulatorisch, finanziell und industriell auf Impfstoffplattformen optimiert ist, wird im Krisenfall (*wie geschehen)* genau diese Lösung priorisieren.

Doch Gesundheitsvorsorge ist mehr als Vakzinologie.

Sie umfasst Frühbehandlung, öffentliche Gesundheitsmassnahmen, Stärkung der Basisversorgung, Schutz vulnerabler Gruppen, Transparenz über Nebenwirkungen und offene wissenschaftliche Debatten.

Sie umfasst zudem eine ernsthafte Prüfung unterschiedlicher therapeutischer Ansätze einschliesslich nicht patentgetriebener, kostengünstiger oder komplementärer Behandlungsoptionen.

Gesundheitspolitik darf nicht strukturell auf ein einziges industrielles Paradigma verengt werden.

Eine verantwortungsvolle Strategie respektiert die Mündigkeit der Bürger. Sie lässt Raum für unterschiedliche therapeutische Ansätze: konventionelle, biotechnologische, komplementäre oder traditionelle und überlässt die konkrete Entscheidung dem informierten Individuum in Absprache mit seinem Arzt oder Therapeuten.

Nicht ein global standardisiertes Instrument sollte alternativlos gesetzt werden, sondern die Freiheit, zwischen verschiedenen Wegen zu wählen. Gesundheit ist keine Einbahnstrasse. Sie ist eine Frage der Selbstverantwortung.

Wenn öffentliche Mittel primär in eine einzige Antwortarchitektur fliessen, entsteht eine einseitige Pfadabhängigkeit.

> Für den Schweizer Steuerzahler bedeutet das: Finanzierung einer dauerhaften globalen Impf-Infrastruktur ohne strukturelle Eigentumsbeteiligung, ohne systematische Gewinnrückflüsse und ohne Garantie, dass alternative Strategien gleichwertig berücksichtigt werden.

Die politische Frage lautet daher nicht nur «Wer zahlt und wer besitzt?», sondern auch:

Welche Art von Gesundheitsarchitektur will die Schweiz überhaupt mitfinanzieren?

Wenn Prävention zur permanenten Impfbereitschaft verengt wird, dann ist das keine neutrale technische Entscheidung, sondern eine strategische Weichenstellung.

Und über strategische Weichenstellungen sollte eine demokratische Öffentlichkeit bewusst entscheiden, bevor sie sie dauerhaft finanziert.

Wer definiert die Spielregeln?

CEPI erlässt keine Gesetze. Sie ändert keine nationalen Arzneimittelgesetze per Dekret. Genau darin liegt die entscheidende Feinheit.

Die Veränderung erfolgt nicht durch formale Macht, sondern durch Vorstrukturierung. Wenn eine nicht demokratisch legitimierte Organisation:

- Milliarden an Fördermitteln bündelt
- technische Plattformstandards vorgibt
- regulatorische Parameter im Voraus mit Behörden abstimmt
- Produktionsnetzwerke entlang dieser Logik aufbaut

verschiebt sich der faktische Handlungsspielraum.

Nationale Behörden entscheiden dann nicht mehr zwischen offenen Optionen, sondern innerhalb eines bereits vorgezeichneten Rahmens.

Die Zulassungslogik wird nicht per Gesetz «umgeändert». Sie wird schrittweise auf Plattformmodelle, beschleunigte Verfahren und vorbereitete Datenanforderungen ausgerichtet, weil genau diese Infrastruktur finanziert und aufgebaut wurde.

Das ist keine heimliche Gesetzesänderung. Es ist viel einfacher: Wer die Infrastruktur finanziert und vorbereitet, bestimmt, welche Lösung im Ernstfall als «einzige realistische Option» auf dem Tisch liegt.

Die demokratische Kernfrage lautet daher:

Soll eine Organisation ohne direkte parlamentarische Verantwortlichkeit

> irgendwo auf der Welt durch Finanzierungs- und Standardsetzungsmacht die faktischen Optionen nationaler Gesundheitspolitik vorstrukturieren?

Oder müssen strategische Leitentscheidungen, etwa die Priorisierung schneller Impfantworten als primäre Krisenantwort, ausdrücklich demokratisch legitimiert werden?

Wenn Finanzierung, Regulierungsvorbereitung und industrielle Plattformlogik dauerhaft etabliert sind, entsteht ein System, das im Ernstfall automatisch in den vorgesehenen Modus schaltet.

Ob dieser Modus politisch gewollt ist, sollte nicht erst in der Krise entschieden werden. Sondern davor.

Nach den massiven gesellschaftlichen Spannungen, Vertrauensverlusten und schlimmen Folgen der Corona-Jahre wäre es ein politischer Irrweg, eine vergleichbare Architektur stillschweigend zur Norm zu erklären.

Eine solche Architektur darf nicht im Schatten technischer Förderprogramme wachsen. Sie betrifft Milliardenbeträge, regulatorische Grundlogiken und die strategische Ausrichtung der öffentlichen Gesundheit.

Gerade deshalb ist eine umfassende Aufarbeitung der Corona-Jahre keine Nebensache, sondern Voraussetzung.

Transparenz über Entscheidungsprozesse, Verträge, Haftungsregelungen und Risikobewertungen ist kein Angriff auf Institutionen, sondern eine demokratische Pflicht.

Dass das Bundesverwaltungsgericht den Bund nun zur Offenlegung der Impfstoffverträge verpflichtet, zeigt, wie gross der Nachholbedarf ist.

Wer öffentliche Mittel einsetzt, um globale Gesundheitsarchitektur aufzubauen, muss bereit sein, offen zu legen, unter welchen Bedingungen dies geschieht.

> Ohne vollständige Transparenz über die Vergangenheit ist keine legitime Gestaltung der Zukunft möglich. Und genau deshalb ist eine echte Corona-Aufarbeitung in der Schweiz zwingend.

Solange diese Aufarbeitung nicht erfolgt ist und solange Eigentums-, Haftungs- und Transparenzfragen offen bleiben, darf eine Weiterfinanzierung globaler Beschleunigungsprogramme durch Schweizer Steuerzahler keine Selbstverständlichkeit sein.

Öffentliche Mittel sind kein Automatismus. Sie sind ein politischer Entscheid. Und politische Entscheide brauchen Aufklärung, nicht Eile.